

Bezirksregionenprofil 2024



Moabit Ost

Teil II



Impressum

Herausgeber:	Bezirksamt Mitte von Berlin Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung Petra Patz-Drücke, Tel. (030) 9018-42390
Koordination:	Petra Patz-Drücke
Bearbeitung:	raumscript Stephanie Otto, Christoph Lentwojt, Marco Mehlin Schwedter Straße 34 a, 10435 Berlin
Bildnachweis Titelseite:	[Geoportal (FIS-Broker) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, bearbeitet durch raumscript]
Bearbeitungsstand:	April 2024

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Überblick über die Bezirksregion	5
Ressortübergreifende Ziele und Maßnahmen	7
Ziel 1 - Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement	7
Ziel 2 - Öffentlicher Raum	9
Ziel 3 - Jugend und Familie, Bildung und Integration	11

Anlage: Bezirksregionenübergreifende Themen	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Aufenthaltsqualität, Sicherheit und Sauberkeit des öffentlichen Raums	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Barrierefreiheit	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Chancengleicher Zugang zu Einrichtungen und Angeboten in den Bereichen Bildung, Kunst und Kultur	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Familienförderung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Gentrifizierung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Kinderarmutsprävention	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Klimaschutz und Klimaanpassung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Kommunikation	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Mehrfachnutzung und Zwischennutzung von Liegenschaften	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Obdachlosigkeit und Sucht	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Orte mit gesamtstädtischer und bundesdeutscher Bedeutung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Schulentwicklungsplanung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Tourismus	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Verkehr und Mobilität	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Verstetigung von Förderkulissen	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Einführung

Der Bezirk Mitte gliedert sich in vier Prognoseräume und zehn Bezirksregionen (BZR). Für jede dieser Regionen liegt ein Bezirksregionenprofil (BZRP) vor, das sich aus einem ersten und einem zweiten Teil zusammensetzt.

Das BZRP Teil I enthält statistische Daten, die einen Überblick über die gegenwärtige Situation im Bezirk geben. Darauf aufbauend finden sich im BZRP Teil II die Zielstellungen, die der Bezirk für die jeweilige Region formuliert hat. Anhand dieser lassen sich Perspektiven für die Stadtentwicklung und die Entwicklungsziele einer jeden Region ableiten. Die in den BZRP Teil II aufgeführten Ziele und Maßnahmen betten sich in die übergeordneten Ziele der Bezirksentwicklung und Fachplanungen ein. Sie konzentrieren sich auf die sozialräumlichen und ressortübergreifenden Aufgabenstellungen in den jeweiligen Regionen und beziehen die Perspektive und das lokale Wissen der bezirklichen Stadtteilkordinator*innen ein, die als Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Menschen sowie Initiativen vor Ort fungieren.

Bei dem vorliegenden BZRP Teil II für die BZR **Moabit Ost** handelt es sich – zusammen mit den Profilen für die anderen neun BZR – um die erste Fortschreibung der erstmals 2018/2019 erarbeiteten BZRP Teil II für den Bezirk Mitte. Die Notwendigkeit der Aktualisierung ergibt sich aus den steigenden Bedarfen u.a. an sozialer und grüner Infrastruktur, die mit den gegenwärtigen Wachstumsprozessen der Stadt einhergehen. Um diesen Entwicklungen angemessen begegnen zu können, bedarf es einer Planung, die die Nutzung und Entwicklung der vorhandenen Potenzialflächen und weiteren Ressourcen ressortübergreifend und ganzheitlich in den Blick nimmt und mit geeigneten mittel- bis langfristigen Ansätzen steuert.

Erarbeitungsprozess

Die Inhalte aller zehn BZRP Teil II wurden durch den Bezirk Mitte von Mai bis Dezember 2023 in einem ressortübergreifenden Abstimmungsprozess erarbeitet. Neben der Überprüfung der Ziele und Maßnahmen aus 2018/2019 wurden sozialräumlich relevante bezirkliche Konzepte – darunter die BZRP Teil I, das Soziale Infrastrukturkonzept (SIKo), die bezirkliche Vorhabenliste, die Integrierten Handlungskonzepte der Fördergebiete, das bezirkliche Klimakonzept etc. – gesichtet sowie ausgewertet. Im persönlichen Gespräch mit der jeweiligen Stadtteilkoordination wurden alte und aktuelle Zielsetzungen in Bezug auf eine sozialräumliche Relevanz für die Fortschreibung eingeordnet. Auf dieser Grundlage wurden Ziele und Situationsbeschreibungen formuliert, unter die sich konkrete Maßnahmen der Fachabteilungen des Bezirksamts Mitte für die BZR unterordnen. Diese Maßnahmen wurden anschließend im Rahmen schriftlicher Abfragen, individueller Fachgespräche sowie zwei ressortübergreifender Workshops gemeinsam verifiziert und ergänzt.

Bezirksregionenübergreifende Themen

Im Rahmen des Erarbeitungsprozesses wurden zahlreiche Themen evaluiert, die über die lokale Situation in einer BZR hinaus von bezirksregionenübergreifender Bedeutung sind. Sie definieren wichtige Aufgaben und Handlungsfelder des Bezirks für die kommenden Jahre, sind jedoch nicht bzw. nur bedingt auf konkrete Maßnahmen im Sozialraum der BZR heruntergebrochen. Um diese dennoch als wichtige

Leitthemen bzw. Ziele der ressortübergreifenden und sozialraumorientierten Arbeit im Bezirk zu verankern, sind sie diesem BZRP als Anlage beigefügt.

Bezirkliche Ziele finden sich darüber hinaus u.a. in der Vorhabenliste des Bezirksamts Mitte, im Jugendförderplan, im Konzept der kulturellen Bildung für den Bezirk Mitte, in der bezirklichen Schulentwicklungsplanung, im Integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept für den Bezirk Mitte sowie im Fachplan Grün- und Freiflächen.

Überblick über die Bezirksregion

Die BZR Moabit Ost gliedert sich in die sieben Planungsräume Stephankiez, Heidestraße, Lübecker Straße, Thomasiusstraße, Zillesiedlung, Lüneburger Straße und Hansaviertel. Hier leben rund 40.000 Menschen. Insbesondere durch die Bauprojekte „Europacity“ mit zusätzlichen 3.000 Wohnungen in der Heidestraße und „Mittenmang“ mit weiteren 1.000 Wohnungen in der Lehrter Straße hat sich durch die dort anzutreffenden Eigentumsformen und Miethöhen nicht nur die Einwohnerzahl erhöht, sondern auch die Zusammensetzung der Bewohnerschaft verändert.

Die Region stellt sich sehr heterogen dar. Zum einen befinden sich hier die Baustrukturen aus der Gründerzeit nördlich und südlich der Turmstraße, zum anderen sind auch das städtebaulich bedeutende Hansaviertel mit den Bauten der Internationalen Bauausstellung 1957 und das Neubauquartier rund um den Hauptbahnhof sowie die Europacity Teil der BZR. Zahlreiche räumlichen Barrieren zerschneiden die Region, die die unterschiedlichen räumlichen Ausprägungen noch stärker hervorheben. Neben den Verkehrsachsen der Turmstraße und der Straße Alt-Moabit/Invalidenstraße sind dies der Verlauf der Spree, aber auch die Trasse der Stadtbahn bzw. Fernbahn. Die Europacity ist bisher schlecht an das „alte“ Moabit angebunden. So wirkt sie gegenwärtig wie ein Fremdkörper in der BZR, ist zugleich aber auch ein Magnet für Investor*innen. Die hohe und zunehmende Verdichtung in der Region führt überdies zu erhöhten Umweltbelastungen wie (Verkehrs-)Lärm, Luftverschmutzung sowie thermisch-klimatischen Belastungen (Hitze).

Neben der räumlichen Struktur ist auch die Zusammensetzung der Bevölkerung sehr vielfältig. So treffen in der BZR einerseits „alte“ und „neue“ Nachbarschaften aufeinander, andererseits sind aber auch die ökonomischen Ressourcen, Lebenslagen und kulturellen Hintergründe sehr unterschiedlich. Die Anzahl der von Transferleistungen abhängigen Kinder und Jugendlichen hat in den letzten Jahren abgenommen. Dennoch ist die soziale Lage vieler Menschen in der BZR nach wie vor von Armut gekennzeichnet. Auffällig ist die Zunahme von Kindern und Jugendlichen, die Hilfen zur Erziehung erhalten. Ältere Bewohnende hingegen sind zunehmend von Vereinsamung bedroht. Gleichwohl mangelt es in Moabit Ost an Beratungsangeboten für Menschen, die Unterstützung benötigen – darunter z.B. wohnortnahe kostenlose Sozial- oder Rechtsberatungen.

Die Wohnzufriedenheit ist grundsätzlich hoch. Die Menschen schätzen die innerstädtische Lage mit guter ÖPNV-Anbindung, die gewachsenen Kiezstrukturen und die vorhandene Infrastruktur.

Wie in den meisten innerstädtischen Quartieren Berlins hat auch in dieser BZR der Druck auf den Wohnungsmarkt deutlich zugenommen; dies gilt ebenso für kleinere Gewerbeflächen. Die steigenden Mieten belasten nicht nur die Privathaushalte und Gewerbetreibenden, sondern tragen auch dazu bei, dass

zunehmend gemeinwohlorientierte Angebote in den Kiezen der BZR fehlen, da die Akteur*innen die Gewerbemieten nicht (länger) tragen können. Dies wiederum hat unmittelbare Auswirkungen auf das in Moabit traditionell stark ausgeprägte bürgerschaftliche Engagement. So resultiert aus den hohen Gewerbemieten u.a. ein Mangel an wohnortnahen, unkommerziellen Treffpunkten. Vielfach jedoch wird von Initiativen und Einzelpersonen der Wunsch geäußert, verstärkt bzw. mehr wohnortnahe Treffpunkte in Anspruch nehmen zu können.

Häufig genutzte Treffpunkte und belebte Orte sind das Spreeufer, die bestehenden Stadtteilbibliotheken, der Stephanplatz, der Klara-Franke-Platz an der Lehrter Straße, der Kleine Tiergarten oder auch der Kreuzungspunkt Perleberger-/Rathenower Straße. Die Versorgungssituation mit öffentlichen Grün- und Erholungsflächen ist lokal sehr unterschiedlich. Die öffentlichen Freiflächen unterliegen zum Teil Nutzungskonkurrenzen zwischen den Bevölkerungsgruppen und deren Interessen (Flächen für Kinder, Rückzugsräume für Jugendliche, Erholungsräume für alle). Insbesondere für junge Menschen ist das Angebot an qualitativen öffentlichen Freiflächen in der BZR sehr begrenzt. Die größte erholungswirksame Grünfläche in der Region ist der Fritz-Schloß-Park.

Ressortübergreifende Ziele und Maßnahmen

Handlungsfeld: Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement

Ziel 1

Es werden neue Ankerpunkte der Nachbarschaftsarbeit geschaffen und bestehende Nachbarschaften gestärkt. Damit einher geht die Unterstützung des vielfältigen niedrigschwelligen und informellen Engagements bürgerschaftlicher Initiativen in der BZR. Zudem gibt es Strategien, die der Gentrifizierung von Wohnen und Kleingewerbe entgegenwirken.

Situationsbeschreibung

Verbunden mit dem großen Druck auf den Mietsektor in der BZR ist eine spürbar steigende Angst vor Verdrängung bei den Mieter*innen zu bemerken. Flankiert werden diese Entwicklungen durch einen zunehmenden Tourismus, der sowohl auf gesamtstädtischer Ebene als auch in den Kiezen der BZR feststellbar ist und sich u.a. in ausgeprägten temporären Wohnangeboten, aber auch in den Angeboten des Gewerbes niederschlägt. Verbunden mit dem zunehmenden Zuzug internationaler Bevölkerung nach Moabit, führt dies dazu, dass sich die Angebote vor Ort immer weniger an den Bedarfen der einheimischen Bevölkerung orientieren.

Das bürgerschaftliche Engagement ist in Moabit traditionell stark ausgeprägt und drückt eine hohe Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrem Wohnort aus. So gibt es hier überregional bekannte Initiativen wie z.B. Moabit hilft e.V. Dieses Engagement ist durch den zunehmenden Verdrängungsdruck in hohem Maße gefährdet. So steigen die Mieten sowohl im Wohn- als auch im Gewerbebestand. Für den vielfachen Wunsch von Initiativen und Einzelpersonen, mehr wohnortnahe Treffpunkte nutzen zu können, mangelt es gegenwärtig an Räumen und Möglichkeiten zum Austausch. Vor allem fehlt ein Stadtteilzentrum als Ankerpunkt für die Bevölkerung, das gleichzeitig dezentral in die BZR wirken kann, um die sehr unterschiedlichen Teilräume sowie die sehr unterschiedlichen Bevölkerungsschichten zu erreichen und ihnen niedrigschwellige Angebote zu machen.

Maßnahmen

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
1	Etablierung eines Stadtteilzentrums bzw. von Sozialen Treffpunkten (mögliche Standorte: Alt Moabit 23, Rathenower Straße 16, Kulturfabrik Moabit, Moabiter Kinderhof, Nachbarschaftsladen STEPHANS) einhergehend mit der Erarbeitung eines dezentralen Nachbarschaftskonzepts	SPK, Amt für Soziales
2	Strukturelle Unterstützung vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements , z.B. des Kukumu e.V. in der Lübecker Straße 43, des B-Laden in der Lehrter Straße 30, der Eigeninitiative aus der Bevölkerung in der Turmstraße 10 und des Jenseits von Birkenstraße e.V.	Amt für Soziales, SPK (Büro für Bürger*innenbeteiligung), Beauftragte für Partizipation und Integration

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
3	Nutzung des Potenzials der Stadtteilbibliotheken (Bruno-Lösche-Bibliothek, Hansabibliothek) als beliebte Treffpunkte	Amt für Soziales, Amt für Weiterbildung und Kultur
4	Schaffung von Angeboten für ältere Menschen , insbesondere auch unter Berücksichtigung zugewanderter Senior*innen der ersten Generation (mögliche Anknüpfungspunkte für Kooperationen: ansässige Migrantenorganisationen und Moscheegemeinden)	Amt für Soziales (Altenhilfekoordination), Beauftragte für Partizipation und Integration
5	Erhalt von bezahlbarem Wohnraum (Milieuschutzgebiet „Birkenstraße“), um die angestammte Bewohnerschaft zu schützen	Stadtentwicklungsamt
6	Rathenower Straße 16: Neubau von (barrierefreiem) Wohnraum mit Mietpreis- und Belegungsbindungen sowie Schaffung von Flächen für kulturelle und soziale Zwecke	Stadtentwicklungsamt
7	Qualifizierung und Weiterentwicklung des Gewerbegebiets Quitzowstraße/Siemensstraße/Ellen-Epstein-Straße/Erna-Samuel-Straße in Zusammenarbeit mit den Eigentümer*innen und den ansässigen Unternehmen (Maßnahme auch BZR Moabit West betreffend)	Stadtentwicklungsamt, Wirtschaftsförderung

Handlungsfeld: Öffentlicher Raum

Ziel 2

Der vorhandene Nutzungsdruck auf den öffentlichen Freiraum wird durch die qualitative Aufwertung der vorhandenen Flächen gemildert. Im Zusammenhang mit Aufwertungsmaßnahmen stehen Anpassungsstrategien an den Klimawandel, die gemeinsam mit der Bevölkerung umgesetzt werden.

Situationsbeschreibung

Die Versorgungssituation mit Grün- und Erholungsflächen liegt weit unter dem Berliner Durchschnitt, wobei es wohnortbezogen deutliche Unterschiede gibt. Die größte zusammenhängende erholungswirksame Grünfläche in der dicht bebauten BZR stellt der Fritz-Schloß-Park dar. Hier befindet sich neben Spiel-, Sport- und Freizeitangeboten auch das Poststadion. Das südlich der Spree liegende Hansaviertel - mit seinen unter Denkmalschutz stehenden Geschossbauten, Wohnblöcken und flachen Bungalows, für die eine Anerkennung als UNESCO-Weltkulturerbe angestrebt wird - gleicht mit seinen umfänglichen Grünstrukturen wiederum einer Parkanlage und orientiert sich damit stark zum angrenzenden Großen Tiergarten.

Die weitere Verdichtung erhöht zum einen die Verkehrsbelastung, zum anderen aber auch den Nutzungsdruck auf die vorhandenen Grün- und Freiflächen. Vermehrt sind Nutzungskonflikte zwischen den verschiedenen Nutzengruppen festzustellen. Zudem fehlt es vor Ort insbesondere an (nicht direkt einsehbaren) Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Verkehrliche Maßnahmen, wie die perspektivische Verlängerung der Straßenbahnstrecke zwischen den Bahnhöfen Turmstraße und Jungfernheide sowie der damit einhergehende Umbau des Straßenraums entlang der Strecke bieten Chancen zur Qualifizierung des öffentlichen Raums.

Maßnahmen

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
1	Prüfung der Möglichkeiten zur Implementierung eines Wegeleitsystems (barrierefrei, mehrsprachig, Verweis auf soziokulturelle Einrichtungen)	Amt für Weiterbildung und Kultur, Wirtschaftsförderung
2	Fortführung der kulturellen Stadtteilarbeit (Kulturelle Bildungsverbände Urbane Künste sowie naturwissenschaftlicher und kultureller Bildungsverbund Moabit)	Amt für Weiterbildung und Kultur
3	Aufwertung von Grün- und Freiflächen im Fritz-Schloß-Park und Poststadion, z.B. über Regenwassermanagement, Erhöhung der Biodiversität, Erweiterung/Aufwertung eines Spielplatzes	Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt
4	Schaffung neuer Sportangebote im Poststadion (Lehrter Straße 59)	Schul- und Sportamt, Stadtentwicklungsamt
5	Begrünung von privaten Höfen und Freiflächen (Hofbegrünungsprogramm) im Fördergebiet des Lebendigen Zentrums Turmstraße, östlich der Stromstraße	Stadtentwicklungsamt

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
6	Neubau des Außenbeckens im Stadtbad Tiergarten	Stadtentwicklungsamt
7	Errichtung eines Stadtplatzes in der Rathenower Straße 16, zusätzlich Schaffung neuer Fahrradabstellmöglichkeiten und Bau eines barrierefreien Zugangs zum Fritz-Schloß-Park	Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt
8	Neugestaltung der Döberitzer Verbindung (Teilabschnitt vor dem Stadtbad Tiergarten)	Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt,
9	Erschließung der Kita in der Seydlitzstraße/Döberitzer-Verbindung einschließlich Freiraumplanung	Straßen- und Grünflächenamt, Stadtentwicklungsamt
10	Umsetzung des Verkehrs- und Gestaltungskonzepts Lübecker Straße	Klimaschutzbeauftragte, Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt
11	Entsiegelung von Straßenflächen zur Steigerung der Klimaresilienz: Kirchstraße	Straßen- und Grünflächenamt
12	Errichtung von Fahrradabstellanlagen an Schulen : Moabiter Grundschule und Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule	Straßen- und Grünflächenamt, Schul- und Sportamt
13	Ausbau des Helgoländer Ufers und der Wilsnacker Straße/Thomasiusstraße zu Fahrradstraßen	Straßen- und Grünflächenamt
14	Planerische Begleitung Grüner Stadtplatz in der Europacity	Umwelt- und Naturschutzamt
15	Planerische Begleitung des Neubau-Teilstücks Nordhafenpark West und Nordhafenplatz	Umwelt- und Naturschutzamt
16	Erweiterung des Angebots sowie Qualifizierung öffentlich nutzbarer Spielplätze , u.a. Neubau der Spielplätze Döberitzer Grünzug und Heidestraße, öffentliche Nutzung privater Spielplätze im Bereich Bachstraße/Altonaer Straße/Schleswiger Ufer, Spielplatzpatenprojekt für die Spielplätze im Kleinen Tiergarten	Umwelt- und Naturschutzamt
17	Verbesserung der touristischen Infrastruktur in der Europacity durch eine Qualifizierung der Uferpromenade, des Uferparks und der Kanalbrücken	Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt
18	Ermittlung und Bewertung von Defiziten innerhalb der versorgungsrelevanten Flächen als Grundlage für eine gesteuerte Aufwertung der Bestandsflächen	Umwelt- und Naturschutzamt

Handlungsfelder: Jugend und Familie, Bildung und Integration

Ziel 3

Kinder und Jugendliche können sich frei entfalten und finden unabhängig von Geschlecht, Religion und sozialer Situation vielfältige Teilhabemöglichkeiten vor. Sie werden hierbei durch bedarfsgerechte Angebote in ihrer Entwicklung unterstützt und zu selbstwirksamem Handeln ermächtigt, finden aber auch Ansprechpartner*innen in sozialen Notlagen.

Situationsbeschreibung

Auch wenn sich die sozioökonomische Situation der Familien in der BZR besser darstellt als im bezirklichen Durchschnitt, ist die Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und Familien für viele weiterhin durch intersektionale Problemlagen gekennzeichnet. Die Armutbelastung der Kinder und Jugendlichen zeigt sich insbesondere bei denen, die regelmäßig Jugendfreizeiteinrichtungen aufsuchen. Viele der Besucher*innen leben in prekären Verhältnissen und haben wenig eigene Ressourcen, die Ihnen zur Verfügung stehen. Die oftmals beengten Wohnverhältnisse bieten keinen ausreichenden Platz zum Erledigen von Hausaufgaben, Spielen oder eigenständigem Entdecken von Interessen und Anderem. Die fortschreitende Verdichtung im Sozialraum verringert die noch verbleibenden wenigen Nischen für Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Wohnung.

Sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt zeichnet die Alltagswelt in der BZR aus, dennoch sind Diskriminierungserfahrungen Alltagsrealität. Gentrifizierung ist eine für Moabit insgesamt - aber im Besonderen auch für Moabit Ost - weiter anhaltende Problematik, die zwangsläufig mit der Veränderung der Bewohnerstruktur einhergeht. Die Situation für viele durch ohnehin komplexe Problemlagen belastete Familien wird dadurch zusätzlich verschärft. Familien haben einen hohen Bedarf an niederschwelliger Beratung zu verschiedenen Problemen wie Fragen der Erziehung, Gesundheit, schulische und berufliche Angelegenheiten, Aufenthaltsgenehmigungen, Migration, Übergänge, Schulden, Wohnen etc.

Maßnahmen

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
1	Stärkung der Stadtteilbibliotheken als nachbarschaftliche und kulturelle Treffpunkte , z.B. durch den Ausbau des Veranstaltungsprogramms auch außerhalb der Öffnungszeiten (erweiterte Nutzung der Außenräume und Vorplätze)	Amt für Weiterbildung und Kultur
2	Sanierung und Erweiterung der Bruno-Lösche-Bibliothek (Aufnahme der Planungsmittel in die Infrastruktur-Planung)	Amt für Weiterbildung und Kultur
3	Sanierung der Hansabibliothek (u.a. behutsame Erneuerung der Ausstattung und Anpassung an zeitgemäße Lernerfordernisse sowie Erhalt des Lesegartens)	Amt für Weiterbildung und Kultur
4	Angebote der Familienförderung: Stärkung/Aufbau von Vater-Sohn-Gruppen im Familienzentrum Moabit-Ost	Jugendamt

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
5	Ausbau der Jugendarbeit entsprechend den qualitativen Vorgaben des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes - vorrangig im Osten der BZR, im Bereich Lehrter Straße und das Gebiet der Heidestraße betreffend	Jugendamt
6	Stärkung und Weiterentwicklung des Bildungsverbunds Moabit	Amt für Weiterbildung und Kultur
7	Planung einer Kita in der Seydlitzstraße 11	Jugendamt, Stadtentwicklungsamt
8	Ausbau von gesundheitsfördernden Angeboten in den Themenfeldern Bewegung, Ernährung und Gesundheit, z.B. durch sozialraumbezogene Ernährungscoaches	Jugendamt, QPK

Anlage: Bezirksregionenübergreifende Themen

Die aufgeführten bezirksregionenübergreifenden Themen erstrecken sich über mehrere BZR bzw. tangieren den gesamten Bezirk, wobei die Problemstellungen und -lagen in den einzelnen BZR zum einen unterschiedlich stark ausgeprägt sind und sich zum anderen teilweise verschieden darstellen. Sie lassen sich überwiegend keinem konkreten Ort oder Raum zuordnen. Sofern eine räumliche Zuordnung zu einzelnen BZR vertiefend möglich ist, werden die Themen in entsprechenden Maßnahmen im BZRP Teil II der jeweiligen BZR aufgegriffen.

Die Themen sind nicht abschließend zu verstehen; sie dienen als Anregung, die Entwicklung des Bezirks ressortübergreifend und sozialraumorientiert zu begreifen und zu gestalten.

Die Auflistung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge.

Aufenthaltsqualität, Sicherheit und Sauberkeit des öffentlichen Raums
<p><u>Aufenthaltsqualität und Sicherheit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Mangel an qualitativen Aufenthaltsbereichen in weiten Teilen des Bezirks <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrünung und Entsiegelung von Straßenräumen, um die Klimaresilienz zu steigern und dem Mangel an Grünflächen entgegenzuwirken • Aufwertung/Nutzbarmachung des öffentlichen Raums, z.B. Steigerung des Sicherheitsempfindens durch Beseitigung sog. Angsträume, Beleuchtung, bessere Einsehbarkeit von Orten etc. • Schaffung von Rückzugsräumen für Jugendliche im öffentlichen Raum • (Temporäre) Beseitigung von Plätzen und Straßen, um den öffentlichen Raum in seiner Funktion und die Wahrnehmung als Begegnungsraum zu stärken <p><u>Sauberkeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Thema Sauberkeit im öffentlichen Raum nimmt innerhalb der bezirksregionenübergreifenden Themen eine Sonderstellung ein: Dieses Thema ist eine in allen BZR auftretende Problematik, jedoch äußert sich diese räumlich in unterschiedlicher Ausprägung (hinsichtlich des Ablageorts, der Art und Menge an Abfällen). • Lokale Strategien sind grundsätzlich möglich, dennoch empfiehlt sich eine bezirkliche Gesamtstrategie, um der Vermüllung des öffentlichen Raums in seinen verschiedenen Ausprägungen zu begegnen. <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung einer bezirklichen Gesamtstrategie • Einbeziehung weiterer Akteur*innen (z.B. Berliner Stadtreinigung, Wohnungsbaugesellschaften und Bewohnerschaft) sowie Klärung der Verantwortungsübernahme • Sensibilisierung der Bewohnerschaft zur Steigerung des Umweltbewusstseins

Barrierefreiheit
<ul style="list-style-type: none"> • Barrierefreie Nutzbarkeit von Angeboten, Projekten, Einrichtungen, Institutionen und des öffentlichen Raums - insbesondere im Straßenraum sowie zu öffentlichen Grün- und Freiflächen, Spielplätzen und Gehwegen -, bei Gebäuden und Tiefbaustrukturen in Privateigentum: Hinwirkung auf einen gleichberechtigten Zugang im Sinne der Barrierefreiheit bei Eingang von Anträgen auf Umgestaltung <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichung gleichberechtigter, barrierefreier Teilhabe, z.B. über den Behindertenbeirat • Barrierefreie Nutzbarkeit von Projekten und Institutionen fördern, z.B. durch Überprüfung der Einrichtungen (vor allem durch Betroffene) sowie zeitnahe Umsetzung erforderlicher Maßnahmen • Schaffung dauerhaft qualifizierter inklusiver Angebote für Menschen mit Behinderungen
Chancengleicher Zugang zu Einrichtungen und Angeboten in den Bereichen Bildung, Kunst und Kultur
<ul style="list-style-type: none"> • Abhängigkeit von staatlichen Transfersystemen und erhöhtes Armutsrisiko erfordern Aktivitäten, um jungen Menschen bessere Bildungschancen - und damit eine Perspektive - zu geben. • Fokus auf Kinder und Jugendliche durch Einbindung von Eltern aus finanziell schwachen Familien; zudem Berücksichtigung von Erwachsenen im Sinne des Ansatzes des lebenslangen Lernens <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung außerschulischer, kostenfreier Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien • Ausweitung von Alphabetisierungsangeboten für Erwachsene • Ausbau und Weiterentwicklung von Angeboten zur Einführung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen beim Erwerb digitaler Kompetenzen • Bibliotheksangebote und -dienstleistungen: Anpassung an zeitgemäße Nutzungserfordernisse und -bedarfe; Einrichtung mindestens einer Mittelpunktbibliothek mit 1.800 bis 2.000 Quadratmeter je Prognoseraum; Ausbau von Wochenendöffnungszeiten (unter begleitender Evaluation) • Schaffung zusätzlicher wohnortnaher Kita- und Schulplätze • Weiterentwicklung einer qualifizierten Jungenarbeit (hoher Jungenanteil an den Hilfen zur Erziehung) • Weiterentwicklung der strukturierten Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Schulen • Ausbau von Kitasozialarbeit bzw. Ausbau der Finanzierung von Angeboten der Kitasozialarbeit • Ausbau von Angeboten für psychisch kranke Kinder, Jugendliche und deren Eltern • Ausbau der Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche und Familien; Planungssicherheit für die Projekte • Entwicklung von Strategien und Angeboten zum Umgang mit herausfordernder Klientel • Schaffung von aufsuchenden niedrigschwelligen Angeboten der Familien- und Sozialberatung; auch in der jeweiligen Muttersprache • Stärkung und Förderung des chancengleichen Zugangs zu Kunst und Kultur im Stadtraum sowie zur Stadtgeschichte durch den Ausbau von Angeboten • Realisierung und Vermittlung von Kunst am Bau bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen (Hoch- und Tiefbau)

<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung bzw. Förderung niedrigschwelliger Angebote in den Bereichen Kunst und Kultur, Sport und Bewegung sowie ehrenamtlicher Peer-to-Peer-Ansätze
Familienförderung
<ul style="list-style-type: none"> • Im Rahmen der Umsetzung des Familienfördergesetzes wird für die Haushaltsperiode 2026–2029 ein Familienförderplan für den gesamten Bezirk erstellt <p><i>In diesem Zusammenhang werden verschiedene Angebotsformen ausgebaut – darunter u.a. einrichtungsgebundene Angebote, Angebote im häuslichen Kontext, Erholungsreisen, mediale Angebote</i></p>
Gentrifizierung
<u>Wohnen</u> <ul style="list-style-type: none"> • Steigende Mieten stellen eine zunehmende finanzielle Belastung für viele Haushalte dar. • Die Problematik wird verstärkt durch einen Mangel an bezahlbarem alternativem Wohnraum. <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung der Zusammensetzung der Bewohnerschaft durch Förderung bzw. Einrichtung marktgeschützter Wohnsegmente – vor allem für junge Erwachsene, Familien und Ältere
<u>Soziale Infrastruktur</u> <ul style="list-style-type: none"> • Soziokulturelle Einrichtungen, ehrenamtliche Einrichtungen sowie nachbarschaftliche Begegnungsorte/Treffpunkte sind aufgrund steigender Mieten und baulicher Aktivitäten zunehmend in ihrem Erhalt bedroht. • Fehlende Alternativen führen dazu, dass viele gemeinwohlorientierte Akteur*innen ihre Angebote nicht mehr vor Ort oder gar nicht mehr aufrechterhalten können, wodurch der Bedarf an entsprechenden Infrastrukturen weiter steigt.
<u>Gewerbe</u> <ul style="list-style-type: none"> • Die große (und weiter zunehmende) Flächenkonkurrenz zwischen verschiedenen Nutzungen führt in fast allen BZR zu einer Verdrängung von Gewerbebetrieben. • Insbesondere Handwerksbetriebe und Unternehmen des produzierenden Gewerbes sind bedroht und werden von zahlungskräftigen, emissionsarmen und damit weniger konfliktträchtigen Nutzungen (z.B. Büronutzungen und Start-Ups) verdrängt. • Mangels bezahlbarer Alternativflächen innerhalb des Bezirks bzw. der Stadt geben einige Unternehmen ihr Geschäft vollständig auf, andere verlagern ihren Sitz ins Umland oder verlassen die Region.
Kinderarmutsprävention
<ul style="list-style-type: none"> • Armut von Kindern und Jugendlichen ist in weiten Teilen des Bezirks ein besonders dringliches Handlungsfeld. • Eine integrierte bezirkliche Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut kann dazu beitragen, weiteren negativen Entwicklungstendenzen entgegenzuwirken und die Lebenssituation der Bewohnerschaft langfristig zu verbessern. <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote • Ausbau von Angeboten zur Sprachförderung • Stärkung informeller Bildungsprozesse

- Ausbau kostenfreier sowie sozialraumbezogener Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien
- Erhalt und Ausbau des Lotsen- und Stadtteilmütterprojekts
- Ausbau von Elternkompetenztrainings für Eltern mit Suchterkrankungen
- Schaffung von Krisenunterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, vor allem für unter 6-Jährige
- Erhalt und Ausbau von niedrighschwelligen, kostenfreien und bedarfsgerechten Angeboten in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Familienzentren
- Sicherung und Ausbau von Flexibudget-Projekten, Überführung dieser in die Regelfinanzierung

Klimaschutz und Klimaanpassung

- Die Folgen des Klimawandels sind in allen Lebensbereichen der BZR festzustellen.
- Das vom Bezirk Mitte erstellte Integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept beinhaltet Strategien und Maßnahmen, die bezirksregionenübergreifend zu verfolgen sind; dabei liegt der Fokus auf beeinflussbare Prozesse im Kontext des Klimaschutzes und der Klimaanpassung:
 - Klimaangepasste Straßenplanung
 - Entsiegelungsdatenbank und Entsiegelungsoffensive
 - Baumkonzept
 - Grüne Bänder
 - Gebäudebegrünung an bezirklichen Gebäuden
 - Bauliche Hitzeanpassung im öffentlichen Raum
 - Entwicklung dezentraler, kleiner Grünflächen
 - Hitzeaktionsplan
 - Einsatz von stadtklimatischer Simulationssoftware
 - Kooperative Pflege von Grün- und Freiflächen
 - Klimaprojekte und -formate mit lokalen Akteur*innen unterstützen
- Umsetzung der Maßnahmen auf lokaler Ebene - unter aktiver Einbindung der Bewohnerschaft und vor Ort ansässiger Akteur*innen

Kommunikation

- Bereitstellung von Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung vorhandener Angebote

Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:

- Zielgruppengerechte Ansprache
- Mehrsprachigkeit
- Analoge und digitale Strategien
- Verknüpfung mit bestehenden Medien und Kommunikationsstrategien in den BZR

Mehrfachnutzung und Zwischennutzung von Liegenschaften

- Der Bezirk Mitte als hoch verdichteter Stadtraum verfügt nur über wenige freie öffentliche Flächen, die zur Ergänzung der sozialen Infrastruktur genutzt werden könnten (Potenzialflächen).
- Eine Diversifizierung bereits entwickelter Flächen ist sinnvoll, um den vielschichtigen Bedarfen der Bevölkerung Rechnung zu tragen und vorhandene Ressourcen sinnvoll auszunutzen.

Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:

<ul style="list-style-type: none"> • Ressortübergreifender Austausch und Nutzungsmanagement zum Ausgleich von Schließungen/Umbaumaßnahmen sozialer und kultureller Infrastrukturen • Grundsätzliche Prüfung von Mehrfachnutzung bei Neu- und Umbauten sozialer Infrastruktur • Mehrfachnutzung von schulischen/außerschulischen Bildungsorten und Öffnung der Institutionen in die Sozialräume, wie Öffnung der Schulhöfe auch nach Schulschluss • Erleichterter Zugang zu Sporthallen und -flächen für Projekte der Kinder- und Jugendarbeit
<p>Obdachlosigkeit und Sucht</p> <ul style="list-style-type: none"> • Obdachlosigkeit sowie der Handel mit bzw. der Konsum von Suchtmitteln und damit verbundene Begleiterscheinungen werden in den verschiedenen Regionen immer sichtbarer; ein Teil der von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen ist zugleich von Drogen/Suchtmitteln abhängig, wodurch die Problematik verstärkt wird. <ul style="list-style-type: none"> ○ Obdachlosigkeit: z.B. temporäre Schlafplätze und damit verbunden Konflikte mit anderen Nutzungen und Nutzenden ○ Sucht: Sicherheitsrisiken durch im öffentlichen Raum abgelagerten Müll wie z.B. gebrauchte Spritzen, Kanülen etc.), Begleiterscheinungen insbesondere in den BZR Tiergarten Süd, Alexanderplatz, Parkviertel und Wedding Zentrum deutlich im öffentlichen Raum wahrnehmbar <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontaktaufnahme mit den marginalisierten Personengruppen und Einbeziehung dieser • Etablierung eines „Hauses der Hilfe“ (umfassendes Angebot „aus einer Hand“) • Schaffung zusätzlicher Unterkünfte sowie Angebote zur Betreuung und Beratung von obdachlosen (suchterkrankten) Menschen
<p>Orte mit gesamtstädtischer und bundesdeutscher Bedeutung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Bezirk Mitte verfügt über eine Vielzahl von Orten, die von gesamtstädtischer oder bundesdeutscher Bedeutung sind; damit sind sie von bezirksregionenübergreifender Relevanz. • Die Orte werden sowohl von Berliner*innen als auch von Tourist*innen genutzt, jedoch teilweise unterschiedlich stark und vor allem zu unterschiedlichen Tageszeiten – mitunter kommt es zu Konflikten zwischen den Nutzenden. • Orte wie z.B. der Große Tiergarten, der Alexanderplatz und die Museumsinsel verlangen aufgrund ihrer stadträumlichen Lage und Bedeutung, auch in Bezug auf sicherheitsrelevante Fragestellungen, Handlungsansätze auf übergreifenden Verwaltungs- und Zuständigkeitsebenen.
<p>Schulentwicklungsplanung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schulen haben ein großes Potenzial, um als Multiplikatoren von Angeboten Familien, Kinder und Jugendliche in den Regionen zu erreichen. Deshalb sollten Möglichkeiten geprüft werden, inwieweit die weitere Öffnung von Schulen für Angebote, die vor allem schulische und außerschulische Bildungsaspekte mit Wirkung in den Sozialraum betreffen, umsetzbar ist. <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Schulhöfen für pädagogische Angebote – auch nach Schulschluss • Vernetzung von Grundschulen durch naturwissenschaftliche und kulturelle Bildungsverbände
<p>Tourismus</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durch den Tourismus kommt es zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Infrastruktur und des öffentlichen Raums; damit einhergehend kann es zu Nutzungskonflikten kommen.

- Berücksichtigung von Potenzialen einer touristischen Entwicklung für die örtliche Ökonomie der BZR außerhalb von Alt-Mitte
- Tourismus und Wohnraum: Die Nutzung von Wohnraum für touristische Zwecke bzw. temporäres Wohnen stellt in einigen BZR weiterhin ein problematisches Thema dar, weil hierdurch Wohnraum dem Mietwohnungsmarkt entzogen ist.
- Inhalte des bezirklichen Tourismuskonzepts sollen verstärkt einbezogen werden. Dieses greift Leitlinien der gesamtstädtischen Konzeption auf, insbesondere unter Beachtung der Aspekte Stadtverträglichkeit und Nachhaltigkeit. Zudem sollen sich die bezirklichen Bestrebungen für touristische Entwicklungen auf die BZR außerhalb des „touristischen Kernbereichs“ in Alt-Mitte konzentrieren. Zum einen bestehen in den anderen Ortsteilen größere Potenziale, um von der touristischen Entwicklung der Gesamtstadt ökonomisch zu profitieren. Zum anderen sind die bezirklichen Einflussmöglichkeiten auf die touristischen Entwicklungen im „touristischen Kernbereich“ relativ gering.

Verkehr und Mobilität

- Der motorisierte Verkehr führt in allen BZR zu hohen Lärmbelastungen und Luftverschmutzung. Durch die Innenstadtlage ist der Bezirk Mitte in den meisten Regionen Ziel- und Durchfahrtsraum für den Verkehr.
- Allgemeine und in jeder BZR gültige Ziele, die den verkehrsbedingten Umweltbelastungen entgegenwirken, sind u.a.:
 - Umsetzung des Mobilitätsgesetzes sowie Förderung des Umweltverbunds (damit verbunden die Umsetzung des Radnetzes dem Radverkehrsplan folgend, zukünftig: Umsetzung des Fußverkehrsnetzes dem Fußverkehrsplan folgend)
 - Herstellung von Barrierefreiheit
 - Schaffung klimaresilienter Straßenflächen

Daraus folgende mögliche Maßnahmen sind u.a.:

- Einrichtung von Kiezblocks
- Umgestaltung von Kreuzungen
- Umsetzung von Fahrradstraßen
- Umsetzung von Radfahrstreifen und mehr Abstellflächen für Fahrräder, Lastenräder, Krafträder und E-Scooter
- Entsiegelung und Umbau von Straßen
- Aufstellung von Bänken
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität, z.B. durch Stadtmöbel, Umgestaltung/Neubau von Grünflächen und Spielplätzen

Zu beachten: Diverse verkehrsbelastete Straßen im Bezirk liegen in der Zuständigkeit des Landes Berlin oder des Bundes. Der Bezirk kann hier nur empfehlend auf mögliche Umgestaltungen einwirken. Zur baulichen Reduzierung von Unfallschwerpunkten ist darüber hinaus die Prioritätenliste der begleitenden Berliner Unfallkommission zu beachten.

Verstetigung von Förderkulissen

- Im Bezirk Mitte, insbesondere in den nördlichen BZR, gibt es zahlreiche Fördergebiete der Städtebauförderung, die derzeit die Finanzierung einer Vielzahl von Maßnahmen ermöglichen.

- Perspektivisch wird eine Verstetigung von Förderkulissen folgen. Hiermit gehen zwangsläufig Veränderungen in der Organisation und Finanzierung von Maßnahmen sowie der Ansprache und Beteiligung der Zivilgesellschaft einher.
- Die Überführung relevanter Strukturen, Aufgaben und Zuständigkeiten in den betreffenden Gebieten in die Struktur des Bezirksamtes sollte möglichst frühzeitig initiiert werden.